

Gemeinderätin Mag. Astrid Schleicher
Dringlicher Antrag

An den
Gemeinderat der
Landeshauptstadt Graz

Graz, am 15.06.2016

Betreff: Freier Eintritt für Polizeibeamte in städtische Bäder
Dringlicher Antrag

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Die Badesaison ist leider ob des regnerischen Wetters noch nicht richtig angelaufen, doch vor weniger als zwei Wochen kam es in der Auster erneut zu einem Fall von sexueller Belästigung im Bereich der Umkleidekabinen. Bedauerlicherweise wird davon auszugehen sein, dass es bei schönwetterbedingter Vollausslastung der Grazer Bäder vermehrt zu derartigen Vorfällen kommen könnte.

Wie nun aktuellen Medienberichten zu entnehmen war, ist in den städtischen Bädern kein zusätzliches Sicherheitspersonal vorgesehen, das ständig vor Ort sein soll. Lediglich an besonders stark frequentierten Tagen oder anlassbezogen soll zusätzliches Personal angefordert werden können. Vom Blickpunkt der Sicherheit für die Badegäste ist diese Maßnahme allerdings als unzureichend zu beurteilen.

Nach mehreren Fällen von sexueller Belästigung und aufgrund der Sorge, dass es im Verlauf der Badesaison vermehrt zu weiteren derartigen Vorfällen kommen wird, haben die Wiener Bäder bereits eine Maßnahme angedacht. Polizeibeamte haben nach Bekanntgabe ihrer Dienstnummer an der Kasse freien Eintritt in die Frei- und Hallenbäder.

Martin Kotinsky von den Wiener Bädern: *„Polizeibeamte können die Situationen einfach besser beurteilen, auch wenn sie eigentlich gerade frei haben. Sie wissen was zu tun ist, bilden eine Schnittstelle zu den uniformierten Kollegen und können natürlich auch wichtige Hinweise geben. Wir hoffen, dass dadurch viele Beamte in die Bäder kommen. Das soll vor allem auch eine abschreckende Wirkung auf potenzielle Täter haben.“*

Den gleichen Vorschlag hat der Bezirkspolizeikommandant und der für Sport und Sicherheit zuständige ÖVP-Stadtrat in Mistelbach. Ergänzend dazu führt er aus, dass sich im Gegensatz zu einem Bademeister und zu einem Mitarbeiter eines Sicherheitsdienstes – beide dürfen Verdächtige lediglich anhalten – ein Polizist selbst in Dienst stellen kann, was diesen zu hoheitlichem Handeln ermächtigt.

Die Möglichkeiten im Rahmen des privaten Anhalterechts sind deutlich eingeschränkt – eine Feststellung der Identität ist dabei überhaupt nicht möglich. Ebenso ist das Erkennen einer Situation, in der Nothilfe gerechtfertigt ist, nicht immer einfach. Ein Polizeibeamter, der für solche Fälle

entsprechend ausgebildet wurde, ist dazu in der Lage, solche Situationen besser zu beurteilen, die richtigen Maßnahmen zu setzen und er ist auch mit den nötigen rechtlichen Möglichkeiten ausgestattet. Eine Privatperson kann diese Anforderungen allesamt nicht erfüllen.

Die FPÖ-Graz hält eine entsprechende Umsetzung in den Grazer städtischen Bädern als geeignete Maßnahme, um eine Erhöhung des Sicherheitsgefühls sowohl der Badegäste als auch des Personals herbeizuführen. Sollte es zu Notsituationen kommen, so können die vor Ort anwesenden Polizeibeamten kontaktiert werden und bis zum Eintreffen weiterer Beamter geeignete Mittel ergreifen, um eine Eskalation zu verhindern.

Es ist der FPÖ-Graz bewusst, dass die Exekutivkräfte der Polizei nicht erst seit dem vergangenen Herbst dienstlich über Gebühr beansprucht werden. Dass die Stadt Graz dringend mindestens 300 weitere Beamte benötigt, fordern wir Freiheitliche seit geraumer Zeit. Wir möchten diese Maßnahme als Entgegenkommen der Politik gegenüber den Polizeieinsatzkräften verstanden wissen und möchten damit die Polizisten, die täglich für unsere Sicherheit sorgen, dazu motivieren, in ihrer Freizeit die Grazer Bäder zu besuchen. Es soll selbstverständlich jedem Beamten selbst überlassen sein, von diesem Angebot Gebrauch zu machen.

Namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs ergeht daher nachfolgender

Dringlicher Antrag
gem. § 18 der GO f. d. Gemeinderat
der Landeshauptstadt Graz

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Herr Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl wird ersucht, dieses Anliegen an die zuständigen Stellen des Stadtpolizeikommandos und der Landespolizeidirektion heranzutragen. Sollte seitens der Sicherheitsbehörden eine diesbezügliche Bereitschaft bestehen, so wird Herr Stadtrat Univ.-Doz. DI Dr. Gerhard Rüschi in seiner Funktion als Beteiligungsreferent ersucht, an die Holding Graz heranzutreten und die Möglichkeiten eines kostenlosen Eintritts von Bediensteten der Polizei in städtische Bäder prüfen zu lassen. Diese Maßnahme möge jedenfalls noch vor der Sommerpause des Gemeinderates zur Umsetzung gelangen.